



Aktion mit klarer Sicht

Das politische Konzept der Ärztekammer ist die Freiberuflichkeit. Jetzt gilt es, den Marsch der Berliner Koalition in die Staatsmedizin zu stoppen

Die Bundeskanzlerin sagt es schon lange, der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat es kürzlich gesagt: Leistung muss sich wieder lohnen. Das passt zusammen, und ich sehe es genauso.

Was nicht zusammen passt, ist die Gesundheitspolitik von SPD und Union in der Großen Koalition. Was diese Koalition derzeit in der Gesundheitspolitik entwickelt, führt das gesamte Gesundheitswesen in den Kollaps.

Warum? Voraussetzung für Leistung ist die Freiheit des Einzelnen, zum Beispiel im Beruf. Für uns Ärztinnen und Ärzte ist es die Freiheit, unsere fachlichen Entscheidungen nach bestem Können, Wissen und Gewissen zu treffen – im Dialog mit dem Kranken, ungestört durch Dritte. Das nennen wir Therapiefreiheit, ohne die es den Arztberuf als freien Beruf nicht geben kann.

Diese Freiheit begründet Vertrauen in ärztliches Tun. Nur in Vertrauen kann das Gespräch zwischen Arzt und Patient gelingen. Spätestens seit dem jüngsten Gesetzentwurf wissen wir: Der Staat will noch weiter eindringen in dieses Verhältnis. Ich sage: Da stört der Staat.

Er erfindet Regeln, mischt sich ein in Entscheidungen, statt Freiheit zu lassen beim Arzt ganz persönlich und dem einzelnen Patienten. Diagnose und Behandlung nach den Vorgaben eines Instituts für Staatsmedizin? So haben es einige vor, die nichts von Selbstbestimmung, von Selbstverwaltung halten.

Wir wollen Patienten behandeln, so wie sie es jeweils brauchen. Auch ohne Regressdruck, denn in dieser Zwickmühle sieht der Patient den Arzt, wird insoweit misstrauen. Verkauft mich mein Arzt? Das fragt nicht mehr der vertrauende und mündige Patient, sondern der misstrauisch gemachte und allein gelassene. Wie sein Arzt allein gelassen von einer Politik, die das Arzneimittelgesetz gemacht hat. Die übt sich in Staatskunst, in Berlin oder Brüssel, wenn Patienten und Ärzte in Aachen und Zülpich das Thema verhandeln. Das geht so nicht.

Wir lassen unseren Beruf nicht im Räderwerk eines politischen Prozesses zerreiben, der unsere Leistungen abwertet, uns geradezu verhöhnt. Die Abstufung des Punktwertes, die Unterbewertung der privatärztlichen Gebührenordnung – all das sind Symptome. Die Wurzeln der Krankheit liegen im Denken.

Es geht jetzt um die Systemfrage: Staatsmedizin oder Freiberuflichkeit? Wir werden uns mit aller Kraft dagegen wehren, den Arztkittel gegen die Zwangsjacke des Staatsmediziners einzutauschen. Der außerordentliche Deutsche Ärztetag am 24. Oktober in Berlin wird ein Zeichen setzen, dass die Ärzteschaft für die Freiheit des Arztberufes und gegen die Verstaatlichung des Gesundheitswesens kämpft. Dafür stehe ich ein. Klare Aussprache, mit Mitgliedern der Regierungen und Parlamente, und auch öffentlich.

Unsere Vorschläge richten sich aus an den ärztlichen Werten. Die haben sich entwickelt in einer langen Tradition des Helfens und Heilens – für unsere Patienten. Wir vertrauen auf die politische Kraft der ärztlichen Ethik, die doch auch das Fundament ist der Solidarität von niedergelassenen Ärzten und Klinikärzten, Hausärzten und Fachärzten, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten gelebt haben.

Zum vierten Protesttag im September (siehe auch „Thema“ Seite 10) sind nicht so viele Demonstranten gekommen wie zuletzt. Das macht nicht viel. Wichtig ist, dass unsere Politik deutlich wird, dass wir unser Ziel klar vor Augen haben.

Wir sind die Ärzte. Das eint uns, das ist unsere Macht. Wir gewinnen sie durch die Überzeugungskraft unserer Argumente. Der Aufstand in Weiß ist eben keine Polit-Show. Er hat feste Substanz. So gehen wir unseren Weg weiter: Aktion mit klarer Sicht, das passt schon.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und des Deutschen Ärztetages*